

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **67 (1987)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Vom schwierigen Umgang mit der Bundeskasse

In den letzten Wochen hat der Umgang mit Bundesgeldern gleich zweimal für Schlagzeilen gesorgt, wenn auch auf Ebenen von extrem gegensätzlichem Gewicht. Da war zunächst jener mittelalterliche «Jungparlamentarier», der sich im Vorfeld des eidgenössischen Wahlherbstes als besonders getreuer Sachwalter der Steuergelder empfehlen wollte. Angesichts der regelmässig unregelmässig besetzten Bankreihen machte er den Vorschlag, es seien Stempeluhren zu installieren, bei denen sich die Volksvertreter bei jedem Ein- und Austritt im Plenarsaal sozusagen an- und abzumelden hätten, damit das Sitzungsgeld von normalerweise 250 Franken gemäss effektiver Präsenz abgerechnet werden könne.

Das Büro des Rats, das übrigens in anderem Zusammenhang gerade bescheinigt hatte, dass ein eidgenössischer Parlamentarier bei ordentlicher Erfüllung seines Mandats dafür nicht weniger als 40 Prozent seiner Kapazität einzusetzen habe, wies das Ansinnen aber relativ unwirsch als unpraktikabel ab. Es machte insbesondere auch darauf aufmerksam, dass parlamentarische Tätigkeiten im vollen Sinne durchaus nicht nur im Plenarsaal stattfinden, ganz abgesehen davon, dass ein allfälliges Kontrollsystem allzu aufwendig würde, wenn es einigermaßen gerecht und damit entsprechend differenziert ausgestattet sein müsste. Den «Tatbeweis» erbrachte dann der ausgabenbe-

wusste Jungparlamentarier gleich selber, indem ein «Blick»-Redaktor, der ihn zwecks näherer Auskunft aus dem Plenarsaal bitten lassen wollte, umgehend dahingehend beschieden wurde, dass Herr Stamm sich «im Augenblick» durchaus nicht finden lasse.

Von ganz anderem finanziellem Kaliber waren jene Bemühungen um das Wohl des Steuerzahlers, die sich darum drehten, wie man denselben am plötzlich ausgebrochenen Goldregen auf den Bundeshaushalt mittels Steuererabatten teilhaftig werden lassen solle. Ein Rechnungsüberschuss, der den Aktivsaldo des Bundesbudgets um glatte 1836 Millionen übertrifft, ist ja auch eine Versuchung zur «Wohltätigkeit», der nicht ohne weiteres zu widerstehen ist — nicht nur im Hinblick auf den Herbst, sondern auch angesichts des geradezu schockartigen Überraschungseffektes nach nicht weniger als 16 Jahren der Dürre, in denen gemäss der markigen Aussage eines früheren Departementschefs der Finanzminister selber hätte in die Bundeskasse sitzen müssen, damit etwas «drin» gewesen wäre.

Doch lassen wir die freundeidgenössische Ironie. Tatsache ist, dass die augenblicklich hervorragende Finanzlage eine wohl kaum wiederkehrende Chance darstellt, die längst fälligen Strukturbereinigungen vor allem im Steuersektor in entspanntem Klima ohne finanziellen «Beschaffungsdruck»

vorzunehmen: Bei der direkten Bundessteuer sollen einerseits notwendige Korrekturen der Veranlagung von Familien und juristischen Personen vorgenommen werden; andererseits geht es darum, mit der jahrzehntelangen «lieben Gewohnheit» Schluss zu machen, ausfallträchtige Revisionen bei der ohnehin als «Reichtumssteuer» konzipierten direkten Bundessteuer regelmässig durch weitere Verschärfungen der Progression ins finanzielle Gleichgewicht zu bringen.

Bei der Warenumsatzsteuer wird von Bundesrat und Verwaltung seit sechs Jahren lustlos an einer «kleinen Reform» zum Zwecke der Eliminierung der «Taxe occulte», das heisst der systemwidrigen Doppelbesteuerung von Anlagegütern und Betriebsmitteln herumlaboriert. Zwar liegt ein detailliertes Konzept zum Ausgleich der Ausfälle von rund 1,2 Milliarden Fran-

ken vor. Doch ist es inzwischen glücklich so weit gekommen, dass eine Hauptquelle für diese Kompensation, nämlich die Unterstellung der Energie unter die Wust, zum heftig umstrittenen Zankapfel im weiteren Rahmen der ökologischen Diskussionen um eine allgemeine, wesentlich weitergehende Energieabgabe geworden ist. Damit ist eine Problemlösung noch zusätzlich erschwert.

So oder so muss aber alles getan werden, um an beiden Steuerfronten zum politisch gut abgestützten Durchbruch zu kommen. Falls dies in der gegenwärtigen Phase der grossen, wenn auch stark konjunkturbedingten Überschüsse nicht gelingt, wird es ausserordentlich schwerhalten, für die 1994 fällig werdende Erneuerung der Finanzordnung eine einigermaßen vernünftige Ausgangslage zu schaffen.

*Richard Reich*

## Realloohnerhöhungen für das Bundespersonal

Bundesrat Otto Stich hat kürzlich eine Initiative zugunsten einer «aufgeschlossenen Lohn- und Sozialpolitik» für das Personal der Bundesverwaltung und der Bundesbetriebe lanciert. Realiter sind damit *Realloohnerhöhungen* sowie flexiblere Bedingungen bei der *Pensionierung* (Rücktrittsalter) gemeint. Wenn den öffentlich geäusserten Intentionen von Vertretern des Bundespersonals gefolgt wird, so steht eine Realloohnerhöhung von etwa 5% zur Debatte, was den Bundeshaushalt mit zusätzlich etwa 300 Mio. Franken belasten würde. Ist es ein Zufall, dass dieser

Vorstoss in einem Wahljahr und in einem Moment kommt, in dem der Bundeshaushalt erstmals seit Jahren wieder Überschüsse abwirft? Die Regie jedenfalls ist nicht schlecht gewählt. Die Verbesserung der Sozialleistungen dagegen soll kostenneutral erfolgen. Intime Kenner dieser Szenerie zweifeln allerdings an der Durchführbarkeit dieser löblichen Absicht.

Der Bund ist in der Schweiz der grösste Arbeitgeber. Was er personalpolitisch unternimmt, tangiert den Arbeitsmarkt insgesamt. Zudem ist diese Politik budgetwirksam. Sie steht des-

halb im *Allgemeininteresse*. Die Regierung in Bern macht geltend, dass der Bund auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei; die Arbeitsbedingungen müssten deshalb attraktiver gestaltet werden. Ist diese pauschale Rechtfertigung gültig? Daran sind Zweifel erlaubt. Eine etwas *differenziertere* Betrachtungsweise wäre wohl angebracht, weil den Arbeitsbedingungen des Bundes einige Besonderheiten zugrunde liegen:

1. Der Bund zahlt landesweit für einzelne Funktionen die gleichen Löhne. Ein Pöstler verdient in Genf gleichviel wie im Schanfigg. Auf regionale Unterschiede wird keine Rücksicht genommen. Was im einen Falle als ausreichend betrachtet werden kann, mag in einem andern Falle als eher knapp bemessen gelten. *Regionale Differenzierung* drängt sich auf.

2. Der Bund zahlt Löhne nach *Funktionen* und nicht nach Leistungen. Auch in dieser Beziehung wäre eine Differenzierung durchaus angebracht.

3. Der Bund gewährt vergleichsweise zur Privatwirtschaft sehr grosszügig bemessene *Sozialleistungen*. Die Privatwirtschaft vermag auf diesem

Feld kaum mithalten. Wenn das *ganze* Paket an Anstellungen ins Blickfeld genommen wird, muss sich die Optik zugunsten des Bundespersonals verschieben.

4. Die Rotationsquote im Bundespersonal ist nicht überdurchschnittlich hoch. Sie hält sich in den landesüblichen Grenzen. Eine gewisse Mobilität zwischen öffentlicher Verwaltung und Bundespersonal ist auch nicht unter allen Aspekten negativ zu beurteilen. Eine gravierende Schlechterstellung des Bundes auf dem Arbeitsmarkt ist daraus jedenfalls kaum abzulesen. Mangelberufe — wie etwa Informatiker — belasten nicht nur die Personalpolitik des Bundes. Es handelt sich nicht um ein bundesspezifisches Problem.

Mit diesen Bemerkungen soll keineswegs in Abrede gestellt werden, dass Realloohnerhöhungen bei einzelnen Kategorien des Bundespersonals nicht angebracht wären. Aber es soll festgehalten werden, dass eine differenziertere Personalpolitik auch dem Bund nicht schlecht anstehen würde. In dieser Richtung müssen Lösungen gesucht werden.

Willy Linder

## Kleiner Staat — was nun?

Europäische Klein- und Mittelstaaten finden zuweilen entweder durch ihre Sonderstellung im Verhältnis zu Westallianz und Ostblock — Neutralität, gelockerte Bindung, Nähe zur Dritten Welt — oder durch Staatsmänner, die das Prestige von Weltpolitikern errangen, die Möglichkeit, mehr Wirkung

und Bedeutung zu haben, als ihrem eigentlichen Gewicht entspräche.

Zwischen den Weltkriegen waren Th. G. Masaryk für die Tschechoslowakei und Titulescu für Rumänien solche «Vergrösserte». In den letzten Jahren sind das die Regierungschefs von Österreich und von Schweden, Bruno

Kreisky und Olof Palme, gewesen. Seit Bundeskanzler Kreisky zurücktrat, seit Palme ermordet wurde, haben diese beiden Neutralen nicht mehr das gleiche weltpolitische Gewicht, und die Nachfolger der Grosspolitiker haben auch nicht diesen Ehrgeiz. Sie erklären der Welt nicht mehr, was die USA falsch machen, wie der Nahostkonflikt zwischen Arabern und Israel zu lösen sei, wie eine pauschale Entwicklungshilfe und damit neue Partnerschaft von Nord und Süd zustandegebracht werden könne. Sie sind mit ihren eigenen Problemen ausgelastet und zeigen in der Weltpolitik ein «niedriges Profil».

Zu den auf die eigenen Nöte zurückgeworfenen Staaten gehört auch, und schon länger, Jugoslawien seit dem Tod des Marschalls und der folgenden — in Slowenien am deutlichsten zu beobachtenden — «Tito-Dämmerung». Wer, der nicht darauf spezialisiert ist, kennt noch den Namen eines jugoslawischen Politikers?

Tito hatte dreifache Bedeutung: Neugründung eines Staates, der mehrere Völker zusammenhält, Ablösung von der Disziplin und Unterordnung des Ostblocks durch kühne, erfolgreiche Konfrontierung mit Stalin, führende Rolle im Block der Blockfreien. Nehru, Sukarno, Nkrumah — legendenumwoben — kamen nach Belgrad, um von hier aus weltpolitische Forderungen imperativ anzumelden und Solidarität zu bekunden.

Vielleicht hätte Jugoslawien heute weniger Krisen des Zusammenhalts und der Wirtschaft, wenn Tito nicht soviel Energien auf den Anspruch einer weltpolitischen Führerrolle und einer Modellhaftigkeit des eigenen Regimes verwendet hätte.

An Bevölkerung gehört auch das Riesenreich Kanada nicht zu den Gros-

sen. Pierre Trudeaus Prestige reichte weit über die Gegebenheiten dieses Bundesstaates hinaus — wie heisst noch gleich sein Nachfolger?

Gegenüber den beiden Supergrossen ist die Brücken- und Mittlerfunktion, die konzeptuelle Eigenständigkeit, die Beweglichkeit der Mittleren und Kleinen auch positiv zu werten, doch irgend einmal geschieht, was die Italiener «ridimensionamento» nennen, und was immer nur das Sichfügen in kleinere Dimensionen meint — nie das Gegenteil.

Die Redimensionierung von Jugoslawien, Österreich, Schweden mag auch «Helvetisierung» genannt werden. In der Schweiz wird jeder Schein eines Ehrgeizes aktiver Weltpolitik von der öffentlichen Meinung gestoppt. Unter solchem Druck standen Bruno Kreisky und Olof Palme daheim nicht. Doch hat sich die Einsicht, dass der Politiker des Kleinstaates nicht dauerhaft der vielbeachtete Warner, Ratgeber, Schiedsrichter sein kann, schmerzlos durchgesetzt. Es sieht in keinem Fall so aus, als würde jener gloriosen Überhöhung nachgetrauert.

Ausserhalb Europas gibt es allerdings noch prägende, über das eigene Land hinaus beispielhaft wirkende oder aktive Staatsführer: Cory Aquino steht bis Südkorea und anderwärts für den unblutigen Sieg über eine Diktatur. Fidel Castro begnügt sich nicht mit «Castrismus auf einer Insel», schickt Kämpfer nach Afrika, fördert Guerilla in Mittelamerika, doch fehlt ihm das Prestige der Unabhängigkeit von einer Supermacht, das Tito errang.

Der Ehrgeiz der kleinstaatlichen Grosspolitiker war niemals auf Europa beschränkt, hatte stets Welthorizont. Da nun jener Teil unseres Kontinentes, dem noch Raum für Selbstbestimmung

blieb, weder den Ehrgeiz noch die Fähigkeit hat, durch Zusammenschluss an Gewicht, Autorität und Einfluss zu gewinnen, könnte auf die Bescheidung kleiner Staaten auch eine Gewichtsmin- derung der vier relativ Grossen folgen: Frankreich, Grossbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Italien. Insofern ist die nicht unbedingt zu beklagende Dämmerung der Weltpolitik kleiner Staaten auch eine Warnung an

die Adresse amtierender Politiker jener europäischen Staaten, die weltpolitisch zählen. Die entdecken gerade im Augenblick einer amerikanischen Führungsschwäche, dass sie weder eine nationale noch eine europäische «Führungsstärke» besitzen, und dass sie daher die Führungskrise in Washington mit Furcht wahrnehmen und nicht etwa als historische Gunst, als «Stunde Europas».

*François Bondy*



## Tage der offenen Tür

Die Aare-Tessin AG in Olten gehört zu den führenden Elektrizitätsgesellschaften unseres Landes. Sie fühlt sich deshalb auch verpflichtet, sich den Diskussionen über die schweizerische Elektrizitätswirtschaft in der Öffentlichkeit zu stellen. Wir zeigen auch gerne — im Sinne der offenen Türen — wie wir arbeiten: In der Zentralen Netzleitstelle, dem Verteil-, Schalt- und Überwachungszentrum der Atel, in einem Wasserkraftwerk oder im Kernkraftwerk Gösgen.

Wir laden alle, die in irgend einer Art Verantwortung tragen in Bund, Kantonen und Gemeinden oder die ganz einfach interessiert sind, freundlich ein, uns zu besuchen und mit uns zu diskutieren.

**Aare-Tessin AG für Elektrizität 4600 Olten**  
Bahnhofquai 12-14 Telefon 062 31 71 11